

# **3. Oktober**

**„Tag der Deutschen Einheit“**

**Kein Grund zu feiern!**

**Höchste Zeit für Friedenspolitik!**



**Demonstration: 3.10. um 13.00 Uhr**

**Auftakt: Außenministerium**

(Werderscher Markt)

Zwischenkundgebung: Finanzministerium

Abschlusskundgebung: Willy-Brandt-Haus

**„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen Krieg,  
bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind,  
besonders die, die nicht hineinmüssen.“**

Erich Maria Remarque

1990 verpflichteten sich die damals noch zwei deutschen Staaten zusammen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs im Zwei-plus-Vier-Vertrag, ein gemeinsames friedliches Europa zu errichten, in dem die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt werden müssen. Das war die Bedingung für die „Wiedervereinigung Deutschlands“.

2023 ist Europa weit davon entfernt, im gemeinsamen Frieden zu leben.

Der Krieg in und um die Ukraine eskaliert immer mehr. Wenn er nicht gestoppt wird, droht der Einsatz von Atomwaffen und damit der Dritte Weltkrieg. Aber im Atomkrieg verlieren alle.

Die deutsche Regierung macht sich zum Büttel der USA. Sie beteiligt sich an den Sanktionen gegen Russland. Sie beliefert als zweitgrößter Waffenlieferant die Ukraine mit immer mehr Angriffswaffen, toleriert selbst die Lieferung von toxischer Uran- und geächteter Streumunition und behindert diplomatische Bemühungen.

Die Finanzierung des Ukrainekrieges und die Sanktionen gegen Russland verschärfen die soziale Lage in unserem Land. Die politisch Verantwortlichen sind dabei, den Sozialstaat bis zur Unkenntlichkeit auszuhöhlen, indem sie wie nie zuvor die Aufrüstungsausgaben gigantisch erhöhen und dafür die sozialen Ausgaben runterfahren. Ausnahmslos alle Programme im sozialen Bereich, sei es in der Schulbildung, Kultur, Kinderförderung, Gesundheit, Pflege, fallen dem Rotstift zum Opfer zugunsten der Militärausgaben.

Kriegsrhetorik und staatlich geschürte Russophobie verunmöglichen in Deutschland mittlerweile einen sachlichen Diskurs. Wer von der regierungsoffiziellen Meinung abweicht, wird diffamiert und kann strafrechtlich verfolgt werden. Die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit droht zu verschwinden. Die Demokratie wird immer weiter ausgehöhlt.

Wir dürfen das nicht länger hinnehmen.

Wir brauchen eine sachliche Debatte über Wege aus der Kriegsrhetorik und Aufrüstung hin zu verantwortlicher Friedenspolitik. Wir müssen den stillen Protest der Vielen auf die Straße bringen. Wir brauchen einen öffentlichen Aufschrei. Wir brauchen einen langen Atem.

**Waffenstillstand ohne Vorbedingungen!  
Verhandeln statt schießen!  
Stopp aller Waffenlieferungen!  
Ende der Sanktionspolitik!  
Milliarden für soziale Ausgaben!  
Die Sicherheitsinteressen aller realisieren!**



[www.frikoberlin.de](http://www.frikoberlin.de)

V.i.S.d.P.:  
Friedenskoordination Berlin  
c/o Laura von Wimmersperg

Hauptstr. 37, 10827 Berlin  
Tel. +4930-782 33 82  
Tel. +49162-1966945

info@friko-berlin.de  
Spendenkonto: Elisabeth Wissel  
IBAN: DE70 6001 0070 0936 1837 08